

Resolution:

**Ein Erfolgsmodell!
Die Schweizer Wirtschaft fit halten**

Verabschiedet am 21. August 2010 am Parteitag in Cham (ZG)

Einleitung

Die Schweiz stellt ein Erfolgsmodell dar. Ihre wirtschaftliche Leistung, das Bruttoinlandprodukt, die tiefe Arbeitslosenquote und das tiefe Teuerungs- und Zinsniveau sind schlagende Standortargumente. Das Rezept hierfür sind ein leistungsstarkes Bildungssystem, ein qualitativ hochstehender Forschungsplatz, ein attraktives Steuerklima, zuverlässige Infrastruktur und ein stabiler Rechtsstaat. Die Schweiz ist international gut vernetzt (so hat sie beispielsweise als erstes europäisches Land ein Freihandelsabkommen mit Japan abgeschlossen) und politisch stabil. Kaum ein anderes Land trägt dem Bundeshaushalt, gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten, mehr Sorge als die Schweiz. Von einer Verschuldungskrise, wie sie anderen europäischen Ländern derzeit droht, ist die Schweiz weit entfernt.

Die CVP ist stolz auf das Erfolgsmodell Schweiz. Sie hat es über viele Jahre hinweg geprägt und mitgestaltet. Fehlentwicklungen sind deshalb konsequent zu bekämpfen. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise wirft ein beschämendes Bild auf die ethischen Massstäbe gewisser Exponenten der Wirtschaft. Sie führt vor Augen was passiert, wenn nachhaltige Orientierung dem kurzfristigen Gewinnstreben Einzelner untergeordnet wird und der gesunde Ausgleich zwischen individuellen Zielen und gemeinschaftlichen Werten verloren geht. Bewährte Tugenden wie Anstand und Bescheidenheit sind mehr denn je gefragt. Versagt hat nicht das marktwirtschaftliche System an sich, versagt haben einzelne Akteure. Die CVP setzt sich für eine liberal-soziale Marktwirtschaft ein, die den Grundsätzen der Freiheit und Selbstverantwortung einerseits und der sozialen Gerechtigkeit andererseits verpflichtet ist. Die Krise zeigt, dass die Wirtschaft (in erster Linie Teile der Finanzindustrie) der Solidarität und Mitverantwortung gegenüber der Gesellschaft wieder mehr Beachtung schenken muss. Nur so kann die Wirtschaft sein, was sie sein sollte: nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt. Und nur so kann sie fit bleiben.

Die vorliegende Resolution nimmt die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise unter die Lupe und leistet mit verschiedenen Forderungen in unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Erfolgsmodells Schweiz.

Forderungen

Finanzmarkt:

- Es geht nicht an, dass der Steuerzahler im Krisenfall für Grossbanken einspringen muss, um unsere Volkswirtschaft vor irreparablen Schäden zu schützen. Die CVP fordert den Bundesrat deshalb auf, noch im Jahre 2010 eine Gesetzesbotschaft zur Lösung der „**Too big to fail-Problematik**“ auszuarbeiten. Die CVP verlangt insbesondere:
 - die Erhöhung der Eigenmittel- und Liquiditätsanforderungen,
 - die Definition und Isolierung der systemrelevanten Bereiche,
 - die Umwandlung von Fremd- in Eigenkapital etwa durch Zwangswandlung.
- Mit ihrem Modell eines griffigen Gegenvorschlages zur sog. Abzocker-Initiative setzt sich die CVP für eine **Stärkung der Aktionärsrechte** in der Schweiz ein. Die Generalversammlung soll künftig verbindlich über den Gesamtbetrag der Vergütungen des Verwaltungsrats und, sofern die Statuten es vorsehen, über jenen der Geschäftsleitung beschliessen können. Zudem unterbreitet der Verwaltungsrat der Generalversammlung jährlich einen Vergütungsbericht, der den Gesamtbetrag aller Vergütungen der Geschäftsleitung sowie den auf jedes Mitglied entfallenden Betrag aller Vergütungen des Verwaltungsrats und des Beirats enthält. Um in Zukunft mehr Transparenz über die Besitzverhältnisse des Aktienkapitals zu schaffen, fordert die CVP die Aufhebung der Organ- und Depotstimmrechtsvertretung. Die Machtübernahme durch Minderheiten zwecks kurzfristiger Gewinnmaximierung soll durch die Abschaffung der stimmrechtslosen Depotaktien verhindert werden. Als Ersatz soll ein Nominee-Modell angeboten werden. Vergütungen, die in einem Missverhältnis zur erbrachten Gegenleistung stehen, sollen mit einer gerichtlichen Klage zurückgefordert werden können.
- Zur **Bekämpfung der Boni-Exzesse** schlägt die CVP ferner vor, zukünftig sämtliche Vergütungen, die pro Person und Geschäftsjahr drei Millionen Franken übersteigen, rechtlich als Gewinnverteilung – wie heute die sog. Tantiemen (vgl. Art. 677-679 OR) – zu behandeln. Dies hat zur Folge, dass diese Vergütungen von der Generalversammlung beschliessen werden müssen, Unternehmen diese Vergütungen nicht mehr steuerlich abziehen und solche Vergütungen nur noch beschliessen werden können, wenn das Unternehmen die nötigen Reserven gebildet hat.

KMU:

- Die KMU sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie dürfen nicht für Verfehlungen einiger Grosskonzerne bestraft werden. Deshalb verlangt die CVP, dass die KMU von sämtlichen zusätzlichen Hürden im **Aktien- und Revisionsrecht** ausgenommen werden.
- Schweizer KMU und Schweizer Arbeitnehmende dürfen gerade unter der Personenfreizügigkeit nicht diskriminiert werden. Die Schweiz muss **Lohndumping durch ausländische Betriebe** konsequent aufdecken und ahnden.
- KMU sind von unnötigen **administrativen Belastungen** zu befreien. Die CVP fordert die Kantone auf, eine einzige Anlaufstelle für sämtliche KMU-Fragen (Steuern, Lehrlingsbetreuung, usw.) einzurichten. Ferner sind Hindernisse aufgrund unterschiedlicher kantonaler Bauvorschriften abzubauen, der elektronische Behördenverkehr voranzutreiben sowie Bewilligungsverfahren zu beschleunigen.
- Die Revision der **Mehrwertsteuer** bringt erhebliche Entlastungen und Rechtssicherheit für KMU. Sie muss jetzt aber auch gesetzestreu und KMU-konform umgesetzt werden.
- Die CVP setzt sich für **attraktive steuerliche Rahmenbedingungen** für KMU ein. Die Schaffung von nachhaltigen Arbeits- und Ausbildungsplätzen ist steuerlich zu begünstigen.

Landwirtschaft:

- Die Bäuerinnen und Bauern der Schweiz erbringen wichtige Leistungen für unser Land und unsere Gesellschaft. Sie versorgen die Menschen mit gesunden Nahrungsmitteln und tragen massgeblich bei zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, zur Pflege der Kulturlandschaft und zur dezentralen Besiedlung unseres Landes. Die CVP unterstützt die **nachhaltige Grundausrichtung der schweizerischen Landwirtschaftspolitik**. Diese muss auf den aktuellen Versorgungsgrad von mindestens 60 Prozent ausgerichtet sein. Für ihre Leistungen ist den Bauernfamilien ein angemessenes Entgelt zu entrichten.
- Ein WTO-Abschluss oder ein **Agrarfreihandelsabkommen mit der EU** hätte gravierende Auswirkungen auf die Einkommen der Bäuerinnen und Bauern in unserem Land. Sollte am 1. September 2010 kein WTO-Abschluss in Sicht sein, wird die CVP den Bundesrat auffordern, die laufenden Verhandlungen mit der EU zu sistieren. Ohne WTO-Abschluss besteht keine Notwendigkeit für ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU.

Arbeitsmarkt:

- **Lehrbetriebsverbände** bekämpfen den Mangel an Fachkräften, der in gewissen Berufen herrscht, und gleichzeitig die Jugendarbeitslosigkeit. Gerade kleinere Betriebe können dadurch interessante neue Lehrstellen schaffen. Die CVP unterstützt eine staatliche Anschubfinanzierung.
- Die vor wenigen Jahren als Ergänzung zur Berufslehre eingeführte **Attestausbildung** für Jugendliche mit Defiziten (insbesondere mit Migrationshintergrund) ist ein Erfolg. Die CVP verlangt, dass sie in zusätzlichen Berufen und Regionen eingeführt wird.
- Die **Wiedereingliederung** in den Arbeitsmarkt wird immer wichtiger. Die Kompetenzen und Familienerfahrungen von Müttern und Vätern müssen in Bildung und Wirtschaft besser honoriert werden. Gerade Berufe, welche heute zunehmend verakademisiert werden (z.B. Kindergärtner/in, Basisstufenlehrer/in), eignen sich hervorragend für den beruflichen Wieder- oder gar Neueinstieg. Die CVP verlangt hier gesetzliche Brücken.
- Die Leistungen der Arbeitgeber für die berufliche Vorsorge der Arbeitnehmenden über 55 Jahre sind zu hoch und benachteiligen die **älteren Arbeitnehmenden**. Die CVP fordert deshalb einen vom Alter unabhängigen, linearen und gleichen Beitragssatz für die Arbeitgeber.
- Die Schweiz ist auf die **Rekrutierung von ausländischen Fachkräften** angewiesen. Ausländerinnen und Ausländer aus Nicht-EU/EFTA Ländern mit Schweizer Hochschulabschluss sollen erleichtert auf dem Schweizer Arbeitsmarkt zugelassen werden. Eine „Green Card“ ist zu prüfen.
- Umgekehrt fordert die CVP den Bundesrat auf, die schweizerische **Migrationshoheit** zu wahren. Missbräuche und schwere Ungleichgewichte des Schweizer Arbeitsmarktes sind durch regelmässige Gesetzes- und Vertragsüberprüfungen gegenüber der EU und vor allem auch Nicht-EU-Staaten zu verhindern.

Bildung / Forschung / Innovation:

- Ein **nationales Weiterbildungsgesetz** muss Transparenz im heutigen Wildwuchs von Weiterbildungsangeboten schaffen. Aufgrund der grossen Bedeutung der Weiterbildung kämpft die CVP zudem für eine Ausdehnung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Weiterbildungskosten.
- Der **Lehrermangel** bedroht die Schweizer Bildungsqualität: 30'000 Lehrerstellen sind in den nächsten Jahren zu ersetzen! Deshalb muss der Imagezerfall des Lehrerberufes gestoppt und der Beruf wieder attraktiver gemacht werden. Hierzu sind Karrieremöglichkeiten zu schaffen, flexible Arbeitsmodelle einzuführen, die Wieder- und Neueingliederung zu fördern, die Weiterbildungen durchlässiger zu gestalten und bürokratische Verpflichtungen abzubauen.
- Das geplante **Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG)** muss die Koordination unter den Hochschulträgern verbessern, die Finanzierung transparenter ausgestalten und die Aufgabenteilung in besonders kostenintensiven Bereichen koordinieren. Dabei müssen die Autonomie der Hochschulen sowie die Freiheit und Einheit von Lehre und Forschung gewahrt bleiben.
- Die **Rahmenbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs**, namentlich bei Naturwissenschaftlern und Ingenieuren, sind zu verbessern. Die wissenschaftliche Tätigkeit ist zu wenig attraktiv. Die Anstellungsbedingungen und die Familienverträglichkeit müssen deshalb verbessert und die Doktorandenzeit, vor allem in den Geistes- und Sozialwissenschaften, verkürzt werden. Der Wert eines Dokortitels darf nicht weiter unterlaufen werden.
- **Start-up-Unternehmen** sind bei der Unternehmensgründung administrativ zu entlasten und während der ersten Jahre steuerlich zu begünstigen. Das Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) sowie allenfalls weitere Bestimmungen müssen geändert werden, um institutionellen Anlegern die Investition in Start-up-Unternehmen zu erleichtern.

Green Economy:

- Die CVP setzt sich für die Schaffung eines **Technologiefonds** ein. Über die Verbürgung von Darlehen sollen damit Technologien gefördert werden, die zur Minderung von Treibhausgasemissionen beitragen (Clean Technologies). Solche Technologien sind in der Entwicklungsphase mit grossen Investitionen verbunden. Kapital muss entsprechend zur Verfügung gestellt werden. Der Fonds soll aus dem Ertrag der CO₂-Abgabe alimentiert werden.
- Die CVP verlangt vom Bundesamt für Umwelt die Aushandlung einer **Zielvereinbarung im Bereich der erneuerbaren Energien und der nachhaltigen Entwicklung** mit den Hauptakteuren der Wirtschaft (analog zum Vertrag zwischen Auto-Schweiz und dem UVEK). Diese Vereinbarung soll auf einer freiwilligen Basis ohne Sanktionen beruhen. Für Unternehmen sollen damit Anreize geschaffen werden, um Nachhaltigkeit und Umwelt stärker in ihre Überlegungen einzubeziehen.
- Die Kosten, die mit der Ersetzung einer Öl-, Kohle- oder Gasheizung (fossile Energien) durch ein **umweltfreundliches Heizsystem** (Wärmepumpe, Holz, Geothermie, Sonnenenergie) anfallen, sollen gänzlich von der Steuer abgezogen werden können.

Aussenwirtschaft:

- Die Schweiz ist auf gute internationale Beziehungen, gerade im Wirtschafts- und Finanzbereich, angewiesen. Die CVP steht für eine **offene Schweiz** und setzt auf den bilateralen Weg mit der EU und den Abschluss bilateraler Abkommen (z.B. Freihandelsabkommen) mit weiteren Staaten. Angesichts der international grossen Bedeutung des Schweizer Finanzplatzes fordert die CVP einen verstärkten Einfluss der Schweiz in den zentralen Institutionen und Gremien auf internationaler Ebene. Insbesondere muss die Schweiz bei finanzpolitischen Fragen zu den Beratungen in der G20 zugelassen werden.
- Die schweizerische Aussenpolitik muss vermehrt auch von den wirtschaftlichen Interessen unseres Landes geprägt sein. So fordert die CVP, dass künftig mehr **Handelsattachés auf Schweizer Botschaften** eingesetzt werden, um die Präsenz auf ausländischen Märkten zu steigern.